

Bochumer Zeitung

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei W. H. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 123.
Postfach 1000 Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 3825.

Bezugspreis: Im Bochum u. Umgebung monatlich 600.— M., im
fernem Lande 700.— M., durch die Post bezogen monatlich
800.— M., mit Beleggeld. — Erhöht an allen Bezugsstellen
für unregelmäßige Einlieferungen beträgt die Erhöhung 100.— M.
für unregelmäßige Einlieferungen beträgt die Erhöhung 100.— M.
für unregelmäßige Einlieferungen beträgt die Erhöhung 100.— M.
für unregelmäßige Einlieferungen beträgt die Erhöhung 100.— M.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbez. 10.— M., im sonstigen
8.— M., 10.— M., 12.— M., 14.— M., 16.— M., 18.— M., 20.— M.,
22.— M., 24.— M., 26.— M., 28.— M., 30.— M., 32.— M., 34.— M.,
36.— M., 38.— M., 40.— M., 42.— M., 44.— M., 46.— M., 48.— M.,
50.— M., 52.— M., 54.— M., 56.— M., 58.— M., 60.— M., 62.— M.,
64.— M., 66.— M., 68.— M., 70.— M., 72.— M., 74.— M., 76.— M.,
78.— M., 80.— M., 82.— M., 84.— M., 86.— M., 88.— M., 90.— M.,
92.— M., 94.— M., 96.— M., 98.— M., 100.— M.

Der neue Reichsernährungs- Minister Dr. Luther.

Die Ernennung des Essener Oberbürgermeisters
Dr. Luther zum Reichsernährungsminister wird
von amtlicher Seite bestätigt.

Es hat zwar eine volle Woche gedauert, ehe für
den jüngsten in der Reihenfolge der Ernennungen
Ernährungsminister des Reiches Dr. Luther, ein
Ersatzmann ausfindig gemacht und seine
Beauftragung zur Übernahme des verant-
wortungsvollen Amtes in Erfahrung gebracht wer-
den konnte. Der Essener, Dr. Luther, Oberbür-
germeister von Essen, ist geborener Berliner. Als
Jahrgang 1864 hat er zunächst keine Verbindung mit der
Landwirtschaft. Die wurde ihm aber in reichem
Maße in seiner späteren Tätigkeit als Reichsernährungs-
minister beschieden. Er ist in der Landwirtschaft
seiner Zeit, nämlich in den Kriegsjahren, Gelegen-
heit gegeben war, den umfangreichen Aufgaben bei
der Nahrungsmittelversorgung der Gemeinden ge-
recht zu werden. Die großstädtischen Konsumenten-
bedürfnisse also kennt Dr. Luther jedenfalls ge-
nau, und den landwirtschaftlichen Bedarfen voll-
kommen. Wie es heißt, durch Einwirkung eines
Beirates landwirtschaftlicher Sach-
verständigen beim Reichsernährungsministerium
entstand. Damit wäre nach beiden Seiten hin
am meisten wünschenswerten Umständen Gedächtnis
gewonnen. Parlamentarier ist Dr. Luther nicht, was
sein Nachschlüssel nicht werden kann. Politisch
ist er der Deutschen Volkspartei nahesteht. Das
war kein Hindernis, daß er gerade bei der schwer-
wichtigen Ernennung zum Reichsernährungsminister
ausgewählt wurde. „Einmal derartig“ als war
er diesen Arbeitsschichten nicht, was die Berliner
Leitung der Reichsernährungsministerialen Par-
teien zur Not nehmen mag. Daß der Essener Ober-
bürgermeisterposition den in die Ministerkategorie
aufsteigenden Mann offensichtlich werden wird, ent-
spricht dem Vorgang beim Reichsernährungsminister, der
in seine Amtseinführung die Provinz Sach-
sen während der nächsten vier Monate jederzeit
zurückkehren kann.

Frankreich gegen jedes Moratorium.

Der „Temps“ führt aus: Nach den Versätzen
und England hofft die englische Regierung dar-
auf, daß Poincaré seine Pläne für die Berechnung
der Reparationen und internationalen Kriegsschulden
vorlegen werde. England wolle aber eine
endgültige Entscheidung erst fällen, wenn die Hal-
tung Amerikas bekannt sei. Bonar Law würde
vorziehen, dem Deutschen Reich zunächst ein lar-
ges Moratorium für die nächsten Zahlungen im
Jänner und Februar zuzubilligen, um inzwischen
mit Sachverständigen neue Pläne vorzubereiten.
Im Artikel des „Temps“ wird weiter ausgeführt,
daß Frankreich kein Moratorium, ob-
wohl oder kurz, provisorisch oder endgültig, zu-
stimmen werde, ohne daß es die Sicherun-
gen in der Hand habe. Wir werden uns
nicht das Recht, bei dieser Forderung durch keine
monarchistischen, kommunistischen oder anders ge-
arteten Forderungen einschränken lassen, durch die
man in Deutschland auf naive Franzosen Eindruck
zu machen versucht.

Zur neuen Drohung Poincaré's.

Aus Paris meldet man: Zur Note der Bot-
schafterkonferenz, die eine direkte Erhebung von
Geldern in der Pfalz androht, falls die zwei
bayerischen Städte keine Geldbuße zahlen, glaubt
„Leitungs“ sagen zu können, daß sei die Ein-
leitung des von der französischen Regierung ins
Krieg gefassten Systems, unmittelbar bei deutschen
Schuldnern die Zahlungen einzuziehen. Deutsch-
land erklärte sich aufgerollt, seinen nächsten Zah-
lungsverpflichtungen gerecht zu werden. Es ver-
füge über Einnahmen auf dem linken Rheinufer,
das Frankreich besetzt habe, es erhebe dort Steuern,
es besitze dort verstaatlichte Eisenbahnen, es
gebe Kohlengruben, die dem preussischen oder dem
bayerischen Staat gehören, es gebe Domänenfor-
sten. Dieser gesamte Besitz, der in französischer
Reichweite liegt, müsse eines Tages doch beschla-
gnet werden, wenn Deutschland sich weigert, die
Reparationszahlungen zu leisten. Die Veranlassung
der Reparationszahlungen entzöge. Es ist nicht
schlecht, daß es gerade Bayern ist, das mit
dieser Methode die erste Erfahrung mache. Die
Warnung richtet sich im übrigen an ganz
Deutschland. Wenn Deutschland klug sei, werde es
begreifen, daß die Zeiten sich zu ändern beginnen
und daß die Schuld der Alliierten im allgemeinen

„Wir Rheinländer sind Deutsch und wollen bei Deutschland bleiben!“

Sämtliche Kölner Zeitungen, wie eine große
Anzahl der im Reichsgebiet erscheinenden Zeitun-
gen bringen von heute, Montag, den 4. Dez.,
als Protest gegen Poincaré's neuerliche Drohungen
an der Spitze ihrer Blätter dieses klare Deutsch-
seins.

Der Reichsverband der Rheinländer
ber, Ely Berlin, richtet folgenden Aufruf an
die rheinische Heimat:

„Wir, im Reichsverband der Rheinländer zusam-
mengefaßten Landsteuern im ganzen unbesetzten
Deutschland, rufen in dieser ersten Stunde, da
neue, schwere Gefahren der hart geprieglten Heimat
drohen, Euch zu: Treue um Treue! In diesem
Mitgefühl für alle Eure schwere feilsche und wirt-
schaftliche Bedrängnis, so auf Eure umwandel-
bare, nicht zu erschütternde ferndeutsche Gesinnung,
erheben wir mit Euch vor aller Welt flammenden
Protest gegen die beabsichtigte Vergewaltigung des
freiheitlichen Lebens aller deutschen Stämme! Land-
steuern am Rhein: wir stehen Schulter an Schulter
mit Euch zur Abwehr solcher Machtgier. Ueber
Millionen von Rheinländern soll nicht wie über
Giganten auf dem Schachbrett verfußt werden. Das
Rheinland darf nicht als Vasallenstaat kulturell
und wirtschaftlich zu Grunde gehen und zu einem
Gegensatz für Europa werden. An dem fernen

Gelsen einer einigen deutschen Nation müssen alle
französischen Eroberungspläne zerfallen.“

Ferner richtete der Reichsverband der Rhein-
länder an die Reichsregierung folgendes
Telegramm:

„Hier Jahre lastet auf dem ferndeutschen Rhein-
lande der seelische und wirtschaftliche Druck einer
fremden Besatzung. Niemals hätten sich die Rhein-
länder inniger mit dem Reich und seinen Ländern
zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden, als in
der Stunde der Gefahr. Gegen fremde Eroberungs-
pläne erheben sie entschiedenen Widerstand, dem
sich anzuschließen ihre im unbesetzten Deutschland
lebenden Stammesbrüder als ihre Ehrenpflicht be-
trachten: Wir Rheinländer im Reich, berufen im
Reichsverband der Rheinländer, danken der Reichs-
regierung, daß sie dem Verlangen auf Beseitigung
der Rheinländer ein entschiedenes Nein! ent-
gegengerufen hat. Wir erwarten von der Reichs-
regierung, daß sie getreu dieser Erklärung mit
allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln sich besonders
jetzt schärfend vor das durch Kultur, Wirtschaft und
Gefühl des Reiches unlöslich verbundene Rhein-
land stellt, nach dem Frankreich unter neuen
erhöhten Drohungen seine Arme auszurollen ver-
sucht. In dieser Erwartung wissen wir uns eins
mit allen deutschen Volksgenossen.“

und Frankreich im besondern allmählich am Ende
angelangt sei.

Bonar Law hofft nicht mehr auf Reparationen.

TU. Amsterdam, 3. Dez. Aus London wird
gemeldet: Im Unterhaus erklärte Asquith, daß
Großbritannien am meisten leiden werde, wenn
nicht der internationale Handel der Welt auf eine
feste Grundlage gebracht werde. Bonar Law er-
klärte, daß er anerkenne, daß, solange eine Wolke
der Ungewißheit über Europa und der ganzen Welt
schwebt, keine geordneten Handelsbeziehungen be-
stehen können. Das Ziel der Regierung und jedes
einzelnen Mitgliedes des Parlaments sei der Welt-
frieden. Er erklärte, daß, während Groß-Britan-
nien seine Schulden im Ausland bezahle, er alle
Hoffnungen auf Erhalt von Repara-
tionen von seitens Deutschlands auf-
gegeben habe. Bonar Law führte aus, daß er
nicht die Schritte näher aufzuheben wolle, die noch
unternommen werden, aber es erscheine ihm merkwür-
dig, daß Groß-Britannien die einzige Nation
seien solle, die tatsächlich alle Schulden bezahle, was
in Wirklichkeit nichts anderes als eine Kriegsent-
schädigung darstelle.

Preussischer Landtag.

(191. Sitzung vom 2. Dezember.
Auf der Tagesordnung stehen kommunistische
Anfragen wegen

Verhaftung der roten Fahne
und anderer kommunistischer Plakate.

Ein Vertreter der Staatsregierung
erklärt, die rote Fahne und eine Anzahl Kopie-
blätter derselben seien am 27. Oktober vom Ber-
liner Polizeipräsidenten verboten worden, weil in
der Einladung, welche diese Nummer zu einer
Eisenbahnerversammlung enthielt, gelagt war, der
„Gundstotengeneral Gröner“ will Euch forschungen.
Es wäre darin eine Beleidigung des Reichsverkehrs-
ministers und der Reichsregierung mit Recht
erblickt worden. Das Staatsministerium betrachte
dennoch das Verbot des Polizeipräsidenten für
richtig. Das gleichzeitige Verbot der Kopieblätter
erfolgte aus demselben Grund, das alsbald wieder aus-
gesprochen ist. Die Verhaftung der roten Fahne
ist zu Recht erfolgt, da sie eine tendenziöse Ent-
stellung der tatsächlichen Vorgänge enthielt.

Eine Beantwortung der Anfrage fand nicht statt,
da nur die Kommunisten für die Beantwortung ein-
traten.

Ohne Aussprache wurde der Antragsteller ge-
nehmigt, welcher vor Eingehung einer Eile den
Austausch von Gesundheitszeugnissen vorschreibe.

Bei Beratung des kommunistischen Antrages auf
Verweigerung der Auslieferung des Kommunisten
Ghezz an die italienische Regierung empfiehlt
der Abg. Charpentier (Komm.) den Antrag unter
bestimmten Umständen gegen die preussische Regierung
und andere Parteien. — Als auf der rechten Seite
sich zunächst eine Unruhe bemerkbar macht, fordern
die Kommunisten in erregter Weise zur Ruhe auf.
Als die Rechte mit Zwischenrufen erwidert, beginnt
von seiten der Kommunisten ein solcher Lärm, daß
die Ausführungen des Redners unverständlich

bleiben, und Präsident Reinert sich Minuten lang
bemühen muß, die Ruhe wieder herzustellen. Der
kommunistische Antrag wird sodann dem Rechts-
auschuß überwiesen.

Der Reichsverband der Rheinländer im Reichs-
verband und mit Erledigung von Ausschü-
berichten ausgeführt.
Am 24. Uhr vertagt sich das Haus auf 10. De-
zember, den 11. Dezember, 12 Uhr mittags. Die
Festsetzung der Tagesordnung bleibt dem Präsi-
dent überlassen.

Prinz Andreas von Griechenland verurteilt

Athen, 3. Dez. Am Samstag begann vor dem
außerordentlichen Kriegsgericht der Prozess gegen
den Prinzen Andreas, der angeklagt ist, sich als
Führer des 2. Armeekorps in Kleinasien gewagert
zu haben, einen Angriff auf das Oberkom-
mando auszuführen.

Prinz Andreas antwortete dem Vorsitzenden des
Gerichts, der Angeklagte habe die Befehle ent-
halten, die Befehlshaber durch das 2. Armeekorps
abzuwehren. Letztere sei nicht eingegangen. Nach
dem General Papoulas, der mehrere Einzelheiten
schilderte, sagte der stellvertretende Generalstabs-
chef Sarpanis aus, der Oberkommandierende habe
dem 2. Korps befohlen, energisch einzugreifen. Dies
habe aber, statt dem Befehl auszuführen, geant-
wortet, der Angriff sei in Anbetracht der starken
Befestigungen des Feindes unmöglich und könne
auch nicht viel nützen. Der Oberkommandierende
behielt sofort die Ersetzung des Generalstabschefs
des 2. Korps durch einen anderen Offizier. Die
Antwort des 2. Korps habe den Generalstabschef der
Armee, General Pallas, so überrascht, daß dieser
sie zunächst für einen Scherz hielt. Wenn Prinz
Andreas den Angriffsbefehl ausgeführt hätte, so
hätte aller Voraussicht nach die Schlacht am Sa-
faria gewonnen werden können. Er fügte hinzu,
der Prinz habe mit der Niederlegung des Kom-
mandos gedroht für den Fall, daß das Oberkom-
mando auf die Ausführung seines Befehls bestünde.
Der Juge erklärte, ebenso wie nach ihm General
Papoulas das Prinz Andreas nur darum nicht
aburteilen wurde, weil er ein Bruder des Königs
war.

Weiter meldet aus Athen: Prinz Andreas wurde
zur Exekution und dauernder Verbannung ver-
urteilt.

Paris, 3. Dez. Die Blätter melden aus Athen:
Die Einrichtung von Gendarmerie und fünf Mi-
tarbeiter von ihm unter dem Druck der haupt-
sächlich aus der Disposition gestellten Offiziere
aufgenommenen Militärpartei, die in Athen am
Ruder ist, wird in der Armee verschiedenes ausge-
übt. Die in Thrazien stehenden Truppen unter-
ten und Athen sogar ihre Formationen auf. Ge-
neral Nider, der bei Ausbruch der Revolution
zu ihrem Kommandanten ernannt worden war,
steht außerstande ist, die Disziplin wieder
herzustellen, hat der Athener Regierung seine De-
mission eingereicht. In der Hauptstadt fürchtet
man, daß die Zuständigkeit der Armee
zu einer Gegenrevolution führe. Um der drohenden
Gefahr zu begegnen, soll das revolutionäre Komitee
beschlossen haben, General Nider durch den der-
zeitigen Kriegsminister, General Pangalos, zu er-
setzen und Befehle mit dem Auftrag, die Ordnung
wiederherzustellen, nach Thrazien zu schicken.

Nochmals Provisorium?

Von unserem Mitarbeiter für auswärtige
Angelegenheiten.

Bonar Law, der bisher in der Reparationsfrage
eine auffallende Zurückhaltung bewahrte, soll nach
einer offenbar zutreffenden französischen Nachricht
beabsichtigen, den alliierten Staatsmännern auf der
Vorkonferenz in London am 9. und 10. Dezember
vorschlagen, Deutschland abermals ein kurzfristi-
ges Moratorium zu gewähren, und zwar bis Ende
Februar 1923. Es muß anerkannt werden, daß so-
wohl Bonar Law wie Mussolini in der komplizierten
Materie der Reparationen nicht zu Hause sind und
an der sachlichen Lösung der wichtigen Frage nicht
sukzessvoll mitarbeiten könnten, wenn man sie zur
Abgabe ihres Votums im Dezember zwingt.

Die gleiche Rücksicht — Verhinderung einer miß-
glückten internationalen Konferenz — nahm man, wie
erinnerlich, im Frühjahr 1922 auf Italien, indem
man die Konferenz zu Genoa um etwa 6 Wochen
hinausgeschob. Wenn es sich aber einmal darum han-
delt, auf innerpolitische Schwierigkeiten Deutsch-
lands Rücksicht zu nehmen, so findet sich bei den
Verhandlungsmächten wenig Verständnis; wenige Tage
nach seinem Amtsantritt Ende Juni 1920 mußte
das Kabinett Stresemann in Spa über ernsthafte Be-
denken des deutschen Volkes beraten und be-
schließen. — Bonar Law scheint voraussetzen zu
sollen, daß die Konferenz zu Brüssel — wenn ein endgülti-
ger Beschluß gefaßt werden möchte — nichts an-
deres herauskommen kann, als ein französisch-itali-
enisches Geschäft, an dem später — halb widerstren-
gend — Belgien teilnehmen würde.

Eine Forderung in diesem Augenblick kann aber
durchaus nicht das Ziel der britischen Politik sein,
besonders da es noch sehr zweifelhaft ist, ob in Lau-
sanne auch nur eine Teilfrage des Orientproblems
wirklich gelöst werden wird. Es war von Bonar
Law nicht ungeheiß, die Idee eines abermaligen
Provisoriums in die Diskussion zu werfen, ehe noch
im französischen Kabinettsrat endgültig Beschluß
darüber gefaßt ist, was zu geschehen habe, wenn
die Alliierten die französischen Sicherungsvorschläge
ablehnen sollten. Der durch Mussolini erzeugte na-
tionale Aktivismus der Italiener scheint ein noch
so sehr moffizierender Wein zu sein, daß er sich für
zwei Monate auf Flaschen ziehen läßt, ohne an
Feuer zu verlieren.

Es muß auffallen, daß Mussolini bereits am 3.
Dezember nach London abreisen will, obwohl doch die
Vorkonferenz erst am 9. und 10. Dezember stattfinden
soll. Ob Mussolini beabsichtigt, unterwegs ein
Gastspiel in Lausanne oder etwa in Paris und Brüssel
zu geben, steht noch nicht fest. Jedenfalls scheint
es Mussolini darum zu tun zu sein, sich mit Bonar
Law unter vier Augen auszusprechen, ehe er mit
Poincaré zusammentritt, um das projektierte Ge-
schäft zu machen.

Auch den Belgiern, die am 23. November in
Paris ergebnislos verhandelt haben, wird es nicht
ganz unangelegen sein, wenn die endgültige Entschlei-
dung der Reparationsfrage einige Zeit hinausgeschob-
ben wird. Je länger es dauert, bis auch über die
Ansprüche der anderen Verhandlungsmächte entschieden
ist, umso länger sind die Belgier die einzigen Geld-
empfänger, nur die Franzosen haben keine Zeit.
Poincaré hat alsbald nach seiner Kammerrede vom
17. November das Parlament in einmonatige Fe-
rien geschickt. Er hoffte, am 17. Dezember entweder
als Sieger von der Brüsseler Konferenz zurückzu-
kehren zu sein, oder doch den Deputierten unter
Hinweis auf schwebende Entscheidungen einige wei-
tere Ferienwochen verordnen zu können.

Poincaré hat so oft und so festerlich versichert,
daß die Entscheidung des Reparationsproblems un-
ter allen Umständen noch in diesem Jahre statt-
finden müsse, daß trotz recht einseitigen außen-
politischen Argumenten von den ungebildeten fran-
zösischen Deputierten nicht anerkannt werden, son-
dern den Kritikern — Tarbieu und Rougier —
Wasser auf die Mühlen leiten würden. Die Ge-
wichte von einer latenten Pariser Kabinettskrise
bestätigen, daß eine Verschlebung der Reparations-
entscheidung bis in den Januar oder Februar für
das Regime Poincaré eine Gefahr wäre. Und wie
soll sich Deutschland zu der Idee stellen, daß wie-
der — wie schon so unendlich oft — nur ein Pro-
visorium zustande kommt?

Die gewissenlose Verschlebung der Entscheidung
wie sie bisher meist von französischer Seite erfor-
dert betrieben worden ist, trägt die Schuld daran,
daß unsere Wirtschaft so traurig herabgekommen
und unsere Währung ein unbrauchbarer Wertmaß-
stab geworden ist. Im Monat November dürfte der
deutsche Papiergeldumlauf um rund 300 Milliar-

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet. Bochum, 4. Dez.

Patenenschaften für Kleinrentner.

H. Trost, aller Maßnahmen von Reich und Gemeinde ist die Not vieler Kleinrentner, meist älterer Leute, die zu einem Erwerb nicht mehr fähig sind, furchtbar, und es ist leider keine Aussicht vorhanden, daß ihnen auf den bisherigen Wegen nennenswert geholfen werden kann, denn jede öffentliche Unterstützungsmäßnahme kann sich bei der eigenen drückenden Finanznot von Reich und Gemeinde nur in beschränktesten Grenzen halten und wird außerdem durch die allseits hereinbrechende neue Steuerlasten völlig entwertet. Wo und Gemeinde verlangen, muß die private Tätigkeit eingreifen, aber auch deren Mittel reichen bekanntlich unter den heutigen Verhältnissen nicht weit. Es gilt also, ihr neue Stütze und Mittel zu gewinnen. Da ist man denn hier und dort auf den Gedanken der Patenenschaften für Kleinrentner gekommen. Von Städten und ländlicher Umgebung fand man „Patenzettel“ an die Landwirte. Diese Zettel haben etwa den Inhalt, daß der Entrentner eine fähige Person, einen oder mehrere Kleinrentner, die ihm noch näher zu bezeichnen seien, auf ein oder mehrere Jahre mit bestimmten Mengen Brot oder Mehl, Kohlen, Butter oder sonstigen Getreide unentgeltlich zu unterstützen; außerdem sei es ihm vorbehalten, seinem Patenrentner noch andere Lebensmittel zu geben oder ihn zeitweise bei sich aufzunehmen.

Dieser Gedanke hat bei den Landwirten oft überraschend günstige Aufnahme gefunden. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb sich nicht ebenso wohlhabende Stadtbewohner an diesen Patenenschaften beteiligen sollten. Wenn es möglich war, auch heute noch ein, unter Berücksichtigung der Geldentwertung, groß zu nennendes Einkommen und Vermögen zu sichern, sollte an der Not derer, die die Volksernährung mit ihrer furchtbaren Last getroffen hat, nicht vorbeigehen. Seitens der städtischen Paten läßt sich weniger Naturalienlieferung als vielmehr Geldunterstützung in Betracht. Aber auch eine Verbindung von städtischer und ländlicher Patenenschaft ist möglich. J. B. Winnen ein städtischer und ein ländlicher Pate, die jeder ihren Verhältnissen entsprechend einen Rentner zu übernehmen bereit sind, gemeinsam einen Rentner übernehmen; der Landwirt liefert für beide die Lebensmittel, die der städtische Pate zur Hälfte angemessen bezahlt. Auch Städter, die selbst nicht zu einem materiellen Opfer für einen Kleinrentner in der Lage sind, können die Durchführung der Patenenschaften dadurch tätig unterstützen, daß sie bei der Übermittlung der Patenangebote vom Lande behilflich sind. Ebenso müssen auf dem Lande Helfer gefunden werden, die bereit sind, bei Gelegenheit diese Geschenke auf ihrem Fahrverl mit zur Stadt zu nehmen. Wo es wegen der Entfernungen irgend möglich ist, muß die verkehrsmäßige Beförderung oder Beförderungsmittel werden. Jeder wird dies nicht immer möglich sein, so namentlich nicht bei sehr großen Städten und Industriegebieten, die zur Beförderung ihrer Kleinrentner mit landwirtschaftlichen

Patenenschaften wohl sehr weit auf Land hinausgreifen müßten. In diesen Fällen ist vor allem auch nötig, daß eine überlokale Wohltätigkeitsorganisation die Vertretung des guten Willens in die Hand nimmt, um die Herausfindung einer ungeschönten „Stundrechnung“ unter den einzelnen Städten zu verhindern.

Für alle Kreise, die ein Herz für unbedeutende Not haben, winkt hier eine Aufgabe. Im Gotteslohn!

Provinziallandtag.

Morgen beginnt bekanntlich der 66. westfälische Provinziallandtag. Wie überall, macht auch in der Provinz die fortschreitende Geldentwertung die Erhebung einer Nachsteuer nötig. Als ein den tatsächlichen Verhältnissen vielfach nachkommender Vorschlag wird von Provinzialausschuß ein solcher von 150 Prozent in Vorschlag gebracht, wodurch ein Betrag von 208 Millionen Mark aufkommen würde. Damit würde die gesamte Provinzialsteuer für 1922 den Betrag von rund 358 Millionen Mark ergeben. Wird der Betrag von 208 Millionen Mark, so sagt der Provinzialausschuß in der gleichen Weise umgelegt wie die Hauptsteuer von rund 150 Millionen Mark, so ist die eine Hälfte (mit 104 Millionen Mark) zu verteilen nach den gewöhnlichen Mindestbeträgen. Bei rund 404 Mill. Mark ergibt sich hieraus eine weitere Belastung von 25,7 Prozent. Die andere Hälfte (mit 104 Millionen Mark) ist dann zu verteilen nach den Realverhältnissen. Bei einem Realverhältnis von rund 46 Millionen Mark sind die Realverhältnisse mit weiteren 228 Prozent zu belasten. Eine Gewähr dafür, daß durch die Vervielfachung der erwartenden Gehälter geübt wird, kann nicht übernommen werden.

Nach Erhöhung der Beihilfen an die evangelischen und katholischen Arbeiterkolonien und Gewährung einer Beihilfe an den Westfälischen Herbergsverband tritt der Provinzialausschuß den Provinziallandtag, zu beschließen:

1. Die den evangelischen Arbeiterkolonien für das Rechnungsjahr 1922 bewilligte außerordentliche Beihilfe von 147.527 Mk. wird auf 1.143.934,25 Mk. auf 995.807,25 Mk., die den katholischen Arbeiterkolonien bewilligte außerordentliche Beihilfe von 103.473 Mk. wird auf 794.165,75 Mk., also um 691.692,75 Mk. erhöht.

Die für die Erhaltung einer katholischen und für den Ausbau einer evangelischen Arbeiterkolonien bewilligten einmaligen Beihilfen von je 100.000 Mk. werden auf je 1.600.000 Mk., also um je 1.500.000 Mk. und die laufende Beihilfe von je 40.000 Mk. auf je 310.000 Mk., also um je 270.000 Mk. erhöht.

Dem Westfälischen Herbergsverband wird zur Verteilung an bedürftige, mit Wanderarbeitsschritten verbundene Herberger zur Heimat ein Betrag von 100.000 Mark bewilligt.

Die Not der Kleinhändler zwingt zur Bereitstellung weiterer Unterstützungsgelder. Es wird vorgeschlagen, den feineren bewilligten Kredit von 5 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. In dieser Unterhaltungsaktion sind die Kleinhändler Steinbeis, Medebach, Haebe, Boerde, Brederfeld und Westberg-Alte beteiligt.

Nach Durchführung des Bauprogramms für die Wohnungsfrage sind weitere 25 Millionen Mark erforderlich, die durch Anleihe aufgebracht werden sollen.

Für Förderung von Bodenverbesserungen jährlicher Art werden für das Rechnungsjahr 1922 500.000 Mk. und für 1923 ein Betrag von 1.000.000 Mk. beantragt und als Unterhaltung (Instandhaltungsbeträge) für den Westfälischen Zoologischen Garten in Münster 250.000 Mk.

Nach der Bewilligung von Beihilfen für die Arbeiterförderung liegt folgender Antrag des Provinzialausschusses vor: Anträge auf Bewilligung von Beihilfen für Kreis-, Gemeinde- und Genossenschaftsbauten (z. B. nach ungeschönten Jahren in so großer Anzahl und infolge der Geldentwertung mit derart hohen Kostenanstieg)

himmern eingegangen, daß es erforderlich erscheint, in den Haushaltsplan der Straßenverwaltung für das Jahr 1923 einen wesentlich höheren Betrag einzusetzen, als er für das Jahr 1922 zur Verfügung stand. Falls die Bewilligung von Beihilfen nach den bisherigen Grundbeträgen erfolgen soll, ist eine Erhöhung des Betrages von 4.000.000 Mk. auf 10.000.000 Mk. erforderlich. Um den Straßen, Gemeinden usw. zu ermöglichen, schon jetzt mit den Arbeiten zu beginnen und damit auch der voraussetzungslos bald eintretenden Arbeitslosigkeit zu begegnen, ist es erwünscht, schon jetzt eine Verteilung der Mittel vorzunehmen. Demgemäß beantragen wir, Provinziallandtag wolle beschließen: Für das Rechnungsjahr 1923 wird zur Förderung des Kreis-, Gemeinde- und Genossenschaftsbauten ein Betrag von 10.000.000 Mk. eingesetzt.

10. Silberne Hochzeit. Die Eheleute Konrad Müller, Bochum-Grünne, Josefstraße 21, feiern heute das Fest der silbernen Hochzeit.

20.000 Mark für ein Finanzmarktstück. Der Kauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 4.—10. d. M. zum Preise von 20.000 Mark für ein Finanzmarktstück und 10.000 Mark für ein Finanzmarktstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Verkauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 4. Dezember ab bis auf weiteres zum 450fachen Wert des Nennwertes.

X Die Not in den Krankenhäusern. Die konfessionellen Krankenhäuser unserer Stadt leiden zurzeit besonders schwer unter den Folgen der Teuerung und haben sich infolgedessen an den Magistrat mit der Bitte gewandt, in gemeinnamer Beratung Mittel und Wege zu suchen, die sie über die wirtschaftlichen Nöte der Gegenwart hinweghelfen. Man darf hoffen, daß die bevorstehenden Verhandlungen, zu denen zweifelslos noch weitere Schritte hinzugezogen werden, von Erfolg begleitet werden, und zwar nicht zuletzt auch im kommunalpolitischen Interesse, damit es Bochum nicht wie den benachbarten Städten Essen und Dortmund ergeht, die für ihre städtischen Krankenhäuser im laufenden Jahre nach vielen Millionen (in Dortmund spricht man von 60 bis 80 Millionen!) kahlen Budgets leihen müssen.

12. Das Ergebnis des Opfertages der Reichsbahn im Reichsbahndirektionsbezirk Essen stellt sich nach den bisher vorliegenden Mitteilungen der Ortsausschüsse und Kassen auf 3.858.114 Mark. Nur die Mitteilungen vereinzelter Ortsausschüsse und Kassen liegen noch aus. Der Opfertag hat sich zu einem vollen Segen und zu einem Ruhmesblatt für den Gemeinschaftssinn der Eisenbahner des Bezirks Essen gestaltet. Bis auf die Arbeiterkraft einer größeren Dienststelle haben überall alle Beamten und Arbeiter mit wenigen Ausnahmen einen Beitrag geleistet.

16. Kasse Fahrpreise für gemeinnützige Theater- und Unterhaltungs- und Orchesterveranstaltungen. Die Mitglieder von Theatervereinigungen und Orchestervereinigungen erhalten vom 1. Dezember an eine Fahrpreisermäßigung von 50 Proz. bei gemeinsamen Fahrten nach und von gemeinsamen Veranstaltungen. Die Eisenbahnverwaltung, in deren Bezirk das Unternehmen seinen Sitz hat, stellt dafür eine Beihilfe für zwei Klassen der Eisenbahn aus. In diesem Ausmaß wird angegeben, ob die Veranstaltung zugunsten der Kunst- oder der Volksbildung stattfindet, von der Landesregierung im öffentlichen Interesse unternehmen, unterhalten oder wesentlich unterstützt wird und ob sie ohne Rücksicht auf Gewinnerzielung unternommen und von der Landesregierung als gemeinnützig anerkannt ist.

Die Weihnachtsmesse des Vereins Frauen-Religion, Kultur, D. D. Vorbereitung für die am 5. und 6. Dezember im Parkhaus stattfindende Weihnachtsmesse gehen ihrer Vollenbung entgegen.

Es wird viel Bemerkenswertes und Schönes zu sehen sein. Neben den hervorragenden Einzeltalenten der ersten deutschen Frauengruppen und hiesiger Häuser werden auch Arbeiten ausgestellt, die vom Kunstgeist unserer Frauen zeugen. Der Besuch der Messe wird viele Anregung bieten.

Ein Bahnhofsmörder in der Person des künftigen Ehedienstlings vorbestraften Gelegenheitsarbeiters Waischoll von hier wurde der Staatsanwaltschaft angeklagt. Angeklagt war er diesmal wegen Diebstahls in zwei Fällen. In einem Falle wurde er beschuldigt, einem hiesigen Bürger auf dem Vorplatz des Bahnhofs Süd mit anderen Gefellen überfallen und seiner Burschenschaft beraubt zu haben. Der Überfallene vermochte nicht mit voller Bestimmtheit Waischoll als Mitbeteiligter wiederzuerkennen, weshalb aus Gründen mangelnder Beweise auf Freisprechung erkannt wurde. Im zweiten Falle handelte es sich um die Beraubung des hiesigen Angestellten. W. hatte ihn im Wartesaal 4. Klasse kennengelernt und fand an ihm, der sich damals Brand nannte, solchen Gefallen, daß er mit ihm die Nacht durchbrachte. Morgens brachte „Brand“ den W. zum Besten und ließ sich mit ihm ein. Als W. später aus seinem Raum erwachte, stellte ihm der Koffer und seine Burschenschaft von mehreren Tausend Mark. Die Strafanwaltschaft verurteilte W. zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Ein Polizeibericht. Mit Nachschußeln wurden geflohten: aus einem Schreinerzimmer der Feldherstraße einer Mädel; aus einer Wohnung in Weimar, Elisenstraße, zwei Einzige und ein Boleto; aus einer Küche der Wollstraße Lebensmittelausweise. — Zur Haft kamen: zwei Klempner, die aus einem Hause der Christstraße Wasserrohre unter dem Vorwand, sie seien zu reparieren, abmontierten und verkaufen; ein Klempner, der folgender Betrüger; ein Dienstmädchen, das seine Herrschaft fortgesetzt befehlig; ein gewerkschaftlicher Handbischmiedler, der bis jetzt acht Fälle nachgewiesen werden konnten; drei am Neubau des Milchhofes tätige Personen, welche dort Stabellen im Werte von 1 1/2 Millionen veruntreuten. — In Verwahrung der Kriminalpolizei befindet sich ein hiesiger Betrüger (Mengenmann) mit hiesigen Hornstöcken, der vor einigen Monaten dem Eigentümer in einem Kaffeehaus geflohten wurde. Eigentümer wollten sich bei der Kriminalpolizei von 8—10 Uhr vorm. auf Zimmer 46, Kattingerstraße 59/61 melden. Ferner befindet sich ebenfalls in Verwahrung ein Gamaschmied — Brosche, Halstorte und Armreif sowie sechs Koffeebecher, aufscheinend auch aus Diebstählen hervorgehend.

Der Wiederbeschaffungspreis.

H. Die Preisstreik-Bewertung vom 8. Mai 1918 lautet: „Der vorläufig für Gegenstände des täglichen Bedarfs festgesetzte, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Gewinn enthalten, wird mit Befristung oder mit Geldstrafe bis zu 200.000 Mark bestraft.“ Wann nun Preisstreikerei vorliegt, das ist die große Streitfrage. Nicht selten ist diese durch den Nachschuß des preußischen Ministers des Innern. Dem Erlass liegt die Auffassung zugrunde, daß die Preisbestimmungen der

Ausgangspunkt der Restitutionspflichten sind die Preise der Waren, nach dem Marktpreis fallenden zu dürfen, nicht anerkennen. Der Marktpreis ist nichts anderes als der Wiederbeschaffungspreis. Der Erlass des Ministers gilt jedoch nur für die Preisbestimmungen und Preisprüfungen, nicht aber für den Richter, der vollkommen unabhängig nur auf Grund des Gesetzes, nämlich der Preisstreikverordnung, tätig ist.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zelle 20.— Mark bei Vorauszahlung; bei Rechnungserstellung 22.— Mark. Zentral-Verband Deutsch. Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Ortsgr. Bochum. Die Versammlung am Dienstag, den 5. Dezbr. 1922 fällt aus.

Neueste Broschen und Kolliers

Kaufgesuche Grundstück

1 Schreibfisch

4" Lastwagen

Herrenzimmer

Alt-Gold, -Silber, Platin

Paul Schrader

Gasmaschine

Shapingmaschine

Verkauf

Weihnachtsgeschenke

Metallbetten

Schwimmbad

Ein Gaszugampel

Das maßgebende Haus für elegante Lederwaren!

Die Auswanderer. Original-Roman von D. Elfer.

Scheu und verlegen schlich sich die Menge aus dem Zimmer. Auch draußen auf dem Hof war der Lärm, die Musik und der Gesang vernehmbar. Die meisten verteilten so rasch wie möglich das Gebit; sie wollten mit der blutigen Tat nichts zu tun haben. Sie standen alle im Dienst des Herrn der Villa Germania und fürchteten dessen Zorn. Wenn es einer von den Jüngern gewesen wäre, der einen Meßerstab erhalten, während man sich keine große Sorge gemacht haben. Das kam oft vor, und sein Mensch kümmerte sich darum. Aber ein Fremder, ein Freund des Herrn! Das konnte eine böse Geschichte werden.

„Die heilige Mutter Gottes wird helfen,“ entgegnete die Alte. „Der Gott ist hier, aber doch nicht tief genug, um das Herz getroffen zu haben, sonst wäre der arme Sennor verstorben.“ „Wenn nur ein Arzt zur Stelle wäre,“ sprach Manuella leise.

Ausatmend sank er dann auf das Lager zurück. Der Trank mußte ihn erfrischt und ihm gut getan haben. Aber die alte Christina schien auch ein beruhigendes Mittel in den Trank gemischt zu haben, denn milde schlief er die Augen und war nach wenigen Minuten fest eingeschlafen.

Widerstrebende Auslegung

Der Verbraucher ist nur allzu leicht geneigt, den hohen Preis als Widerausgleich zu betrachten. Wird er hierin durch die Verabstimmung, daß die Ware in ihrem Preis alsbald der Selbstherstellung folgt und zwar auch dann, wenn Rohstoffe und Fabrikabfälle noch zu billigeren Preisen eingekauft zu sein scheinen. In dieser Anpassung an die neuen Preise sieht der Verbraucher ein Verfehlen, das dem Verkäufer einen übermäßigen Gewinnsüberschuß einbringt. Das Herausgehen vom alten Verkaufspreis zum neuen Verkaufspreis wird als Preisreduzierung angesehen. Ist dieser Vorwurf berechtigt?

hinken der Geldverwertung nach,
teils schneller, teils langsamer, ohne die aber letzten
Einbuß zu verurtheilen. Der Geldverwertung sucht
jeder sich anzupassen. Der Selbstbedürftige hat als
einziges Altimum in der Regel seine Arbeitskraft.
Sinkt der Wert des Geldes, dann steigt die Ar-
beitskraft, gemessen am Gelde, im Wert und muß
entsprechend höher bezahlt werden. Die Erhöhung
des Geldes wird nachherde als etwas Selbstver-
ständliches angesehen und gefordert. Die Geldver-
wertung trifft aber den Kaufmann in gleicher
Weise wie den Angestellten und den Arbeiter.
Sein Vermögen besteht außer in seiner Arbeits-
kraft in seinem Warenlager. Geldes, Arbeitskraft
und Warenlager, muß auch er der Geldverwertung
anpassen, wenn er nicht vom Strudel der Zeit
mit fortgerissen werden will. Die Anpassung an
die Geldverwertung erfolgt in der Weise, daß
Warenlager und Arbeitskraft, gemessen an der
Geldverwertung, nicht billig abgegeben
werden als vorher. Sein Privatmann wird
Teile seines Vermögens heute noch zu demselben
Preis verzehren wie vor einigen Monaten, und
war aus dem einfachen Grunde, weil er dadurch
sein Vermögen vermindern, Teile seines Ver-
mögens verfehlen würde. Was dem einen recht
ist, ist aber dem andern billig. Wer vom Kaufmann
welcher Umstände noch billig eingekauft hat, unter
dem heutigen Gekaufspreis abgibt, verlangt
nämlich ein Geschenk, aus dessen Gewährung er
nicht den geringsten Anspruch hat.

Unser Geld hat eben, den
Charakter als Verkaufsbewahrungsmittel verloren
und ist zu einem immer werthloser werdenden
Leistungsmittel herabgesunken. Die Aösn, Ge-
winnen und Gewinn mit der Geldentwertung mitgehen
lassen, wenn kein Verlust eintreten soll, so müssen
auch die Preise der Geldentwertung anpassen,
während im bisherigen Umfang aufrechterhalten
bleiben. Der Kaufmann kann bei fortschreitender Geld-
entwertung einfach nicht auf den alten Preisen
eben bleiben, sonst verarmt er, wenn auch nicht
abzuzug auf seinen Verdienst, so doch inbezug
auf sein Vermögen. Und das letztere ist aus-
schlaggebend. Ein Kaufmann, der beispielsweise
auf Grund eines günstigen Abschlusses vor einigen
Monaten einen Posten Ware gekauft hat, kann
nicht bei einer Kalkulation streng nach dem Ein-
kaufspreis mit dem Erlös nur mehr einen ge-
ringen Bruchtheil der gleichen Warenmenge ein-
kaufen. Sein Vermögen schmilzt dadurch, trotz
seines normalen Verdienstes, entsprechend zusam-
men. Verkaufte er aber heute zum Wiederbeschaf-
fungspreis, dann hat er trotz des scheinbar unge-
wöhnlichen Verdienstes nur die Möglichkeit, das al-
te Vermögen wieder einzukaufen und dadurch sein
Vermögen zu erhalten. Deshalb ist der Wie-
derbeschaffungspreis derjenige Richtschnur,
die vom Standpunkte einer gesunden kaufmännischen
Betriebsführung der heutigen Kalkulation zugrunde
gelegt werden muß. Falschlich ist die Zahl der
Markstücke, die auf diesem Wege mit der Geldent-
wertung voll mitgehen können, abgesehen von gut
organisirten Verkaufsverbänden, sehr gering. Den
einfachen ist die Anpassung nur in sehr beschränktem
Maße oder garnicht möglich.

zg. Baugendreer, 2. Dez. Leichenfund. Auf
der Gitterzugstrecke Bodum—Baugendreer, in der
Nähe der Werner Grenze, fand man gestern abend
dem Arbeiterstande angehörende männliche
Leiche. Ueber den Toten ist nichts näheres bekannt.

*** Röhlingshausen.** 2. Dez. In der Gemeinderats-
sitzung wurde der Aufnahme einer Anleihe in Höhe
von 2 Millionen Mark für die Wohnungsbauleistungen
geteilt. Für den Erwerb von 28 neuen Miet-
wohnungen „Wettstein“ wurden die Kosten
von 288 800 Mark aus Anleihenmitteln bewilligt.
Der Erlös einer neuen Fußbodenverordnung
wurde aufgeführt und die Höhe der Gewerbesteuer-
steigern festgelegt. Die Hundesteuer wurde er-
höht, und zwar für den ersten Hund auf 800,
für den zweiten auf 1000 und jeden weiteren
ab auf 3000 Mk. Die Gebühren für den Kommunal-
treffhof wurden erhöht, und zwar wurden
Sätze gestaffelt; gänzlich mitellose Familien
sollten die Gebühren erlassen werden. Die Sätze
Gebührenordnung des Wohnungsamtes wurden
aufgehoben, entsprechend der dauernden Gemeindeförderung
erhöht. Das Schulgeld für die höheren Lehr-
stellen erhielt ebenfalls eine wesentliche Erhöhung.
Die einheimische Schüler wurde es ab 1. Oktober
8000 Mk. (bisher 1200 Mk.) für auswärtige
Schüler auf 8750 Mk. (1800 Mk.) festgesetzt. Der

[illegible]

Amplitude: 1.0

AMTSCHE DEVISENKURSE. (Berlin)						
Für drähtliche Auszahlungen		1. Dez.		2. Dez.		Hoch- steh. G.
		Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland	1 G.	2927.67	2942.34	3231.90	3248.10	3551.1
Belgien	1 Rr.	498.75	501.25	523.00	525.00	551.7
Norwegen	1 Rr.	1231.66	1338.84	1506.52	1513.78	1513.7
Österreich	1 Rr.	1311.20	1318.80	1533.40	1541.60	1825.4
Schweden	1 Rr.	366.56	372.50	416.64	417.43	423.8
Finnland	1 Rr.	3416.0	3585.0	3597.0	3732.0	4039.8
England	1 St.	620.18	628.13	822.37	827.60	853.6
Frankreich	1 D.	626.29	628.82	881.04	883.95	853.6
Italien	1 Fr.	1172.06	1188.64	1546.12	1553.88	1675.8
Spanien	1 Pes.	11.07	11.14	12.66	12.73	13.71
Portugal	1 Esc.	244.88	246.12	260.84	262.12	296.25
Brasilien	1 R.	3.38	3.38	3.52	3.54	3.65

Für hundert deutsche Mark wurden gezahlt:

	pro pita	Witte	Witte	Sand wabr.
		Bl.	Bl.	
ordamerita	29,82	0,0136	0,0125	Polkr
olland	59,26	0,0892	0,0295	Guldr.
ngland	97,89	0,714	0,523	Ghiffg.
nyweden	88,89	0,06	0,0475	Kron.
orwegen	88,89	0,10	0,07	Kron.
inemark	88,89	0,08	0,06	Kron.
ch. Glem.	117,56	0,60	0,37	Kron.
ch. Vester	117,56	1100,	893,90	Sotols
ngarn	117,46	40,81	29,41	Kron.
anfreich	123,48	0,22	0,17	Franc.
alien	123,48	0,93	0,245	Lire
hweiz	123,46	0,08	0,0632	Franc.
nnland	123,46	0,625	0,476	fin. Mt.
ien	100,	287,	202,02	pol. Mt.
ulgarien	123,48	1,	1,69	

Die Gefaltung des Markturtes stand in der
richtigste wiederum stark unter dem Zeichen
Erörterungen über die K. parationen, in denen
Seiten Frankreichs erneut eine schwache Sprache
führte wurde. Der französische Ministerpräsident
ist es für nötig, erneut mit dem Kaiser zu treffen
in einer Befriedigung mit dem Kriegsmittel
den führenden Generalen fragen zu erklären,
auf eine vollständige Befriedigung der jetzt von
anreich befähigen Abnahme und die Befriedigung
1/2 des Rubgebietes einschließlich Essens und
Guns hängen. Allerdings sind diese Pläne
nicht als einseitig anzusehen, sie betonen
dennoch im Ausland eine erneute Abnahme
für deutsche Mark, während auch im Inland
die verstärkte Flucht vor der Mark einsehe. Diese
sich sowohl in der Bewegung der Devisen,
denen der einige Zeit und den Stand von
6500 verbleibende Dollar auf 8000 fiel, als
in einer erneuten Haufe am Effektenmarkt.
Der Mittwochstrat in Berlin wiederum
die letzte Erholung der Mark hervor, die jedoch
niger auf ein größeres Vertrauen in die deutsche
Währung, als vielmehr auf markttechnische Gründe
aufzuführen ist. Ein Anhalten der Markbesserung
in seiner solange nicht erwartet werden, als die
lage der sogenannten Wiedergutmachungen und der
Stabilität in ein einschneidendes Stadium
treten ist. Diese Aufgaben sind an sich längst
sein, müssen aber bei einer Erörterung be-
rührt werden. Wemervensider war trotzdem, daß
Markturte im Ausland verhältnismäßig stabiler
als die im Inland notierten Devisen.

8½ prozentige Schulden-Anleihe der Lan-
auf der Provinz Weiskalen. Die Bank legt
8½ prozentige Schuldschein-Anleihe zur Zeich-
g bis 15. Jan. 1923 auf. Die Rückzahlung

algebfläche für die Berufsschule betragen jetzt
Mk. 800 Mk. Besto. 400 Mk. für den Schüler-
Bordlage betr. Eröffnung der Armenunterstüt-
zungs wurde angenommen und die Mehrbrosen
höbe von 700 000 Mk. wurden bewilligt. Für
Befassung von Winterkloßstein für die Leis-
ten wurden 640 000 Mk. bewilligt. Der Bewill-
gung einer Beisitz von 338 500 Mk. zur Befas-
sung von Winterkloßstein für erwachsenen-
beschäftigte, Kriegsinvalide und notleid-
ende Sozial- und Kleinrentner stimmte die Be-
rathung zu; ebenso wurden die Kosten für eine
allg. Beisitz in Höhe von 87 320 Mk. an die
Hinterbliebenen bewilligt.

Samstag, 2. Dec. Neues Personenzug-
Wanne. Vom Montag, 4. Dec. ab besteht das
 folgende Personenzugpaar Nr. 1634. 2.—4. Kl.
 um 4.32 nachm., Möhlhagen auf ab 2.58.
 ab 3.03, Bochum—Präsident ab
 Bochum—Nord ab 3.17, ab 3.22, Sanger-
 hagen ab 3.32 Uhr. Zug Nr. 1633. 2.—4. Kl.: San-
 derhagen ab 4.13 abends, Bochum—Nord ab
 Sangerhagen—Präsident ab 6.30, Nienke ab
 Nord ab 6.40, Möhlhagen auf ab 6.45,
 me ab 6.50 Uhr. — Personenstands auf-
 nahme. Die diesjährige Personenstandsaufnahme
 folgendes Ergebnis: Wanne: 43 098 (43 031)
 ohne Möhlhagen: 14 793 (14 801) Einwohn-
 er. Wanne: 57 836 (57 832) Einwohner. Auf-
 der: Wang 21 550 (20 403); Rath 21 647 (22 036);
 146 (223); Unbeseläugte und ohne Religion
 75). Möhlhagen: Wang 7663 (7643); Rath
 (6880) 7663 (7643); Unbeseläugte und ohne Religion
 242 (166). Die in Klammern beige-
 gaben sind das Ergebnis der vorjährigen

Diebstahl. Diebstahl, 2. Deg. Diebstahlsge-
sch. In der Nacht vom 27. zum 28. No-
v. mittels Einbruchs aus dem Lagerraum des
Hans Hofel 1 Lebensmittel aus dem Werte
von M. entnommen. Bei dem im Verdict des
Sch. befindlichen Adols S. wurde eine Durch-
suchung vorgenommen und dabei wurden die dem
H. gehörigen sowie eine größere Menge
von 1 Lebensmittel von erheblichem Werte, aus-
geraubt von plündernden Gütertragnen flam-
gefunden. S. ist geständig, mit seinem
Vater Franz S., Fritz S., Oswald S., Emil D.
W. sowie der Tochter, Emma, seine Kost-
gängerin, Bertha K. die fraglichen Diebstähle
zu haben. Der am 23. Okt. in der Sten-
dard-Druckerei eingetragene Einbruch-
diebstahl.

erfolgt nach 10 Jahren am 2. Jan. 1933 im 102. Prot. Der Zeichnungskurs beträgt 100 Krw. Für die Anleihe haftet außer der Landesbank auch die Provinz Westfalen mit ihrem Vermögen und ihrer Steuerkraft.

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk A.-G. in Essen. Die unter dem Vorsitz von Hugo Stinnes abgehaltene Hauptversammlung genehmigte die Jahresrechnung und stellte die Dividende ab 5. Dez. schubar.

* **Einflußnahmewert Aktien A.-G. in Witten.** Die Hauptversammlung setzte die Dividende fest auf 30 Prozent, sofort zahlbar. Der außerordentliche Hauptversammlung lag der Antrag auf Abschmelzung des Aktienkapitals (auf 26 Mill. Mark) vor. Bekanntlich hatte die außerordentliche Hauptversammlung im März d. J. sich mit dem gleichen Antrag befähigt. Der Antrag war aber damals nicht durchgegangen, weil sich die für die Beschlußfassung erforderliche Dreiviertel-Mehrheit nicht gefunden hatte. Die Ursache einer Prozentigen Anleihe von 20 Mill. Mark war damals genehmigt worden. Auch heute begründete die Verwaltung die Kapitalerhöhung mit der Geldentwertung, Steigerung der Löhne u. s. w. Die neuen Aktien werden freihändig begeben und der Unternehmerin und den Aktionären 1:1 zum Kurse von 557½ Prozent angeboten.

Erweiterung des Rhein-Handels-Kongress. Die Allenmehrheit des Gussfahlfwerks Spanagel u. Siebers in Horbe, Kreis Schwelm, hat auf die Rhein-Handels-Kongress N.-L. übertragen. Die außerordentliche Hauptversammlung des Gussfahlfwerks beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 16 auf 21 Millionen Mark. Die ersten Aktien werden von einem Konsortium zum Kurse von 350 Proz. übernommen. Die Erhöhung dient zum Ausbau des Unternehmens.

Preiserhöhung für Zement. Infolge der fortwährenden Verteuerung der Produktion ist der Höchstpreis für Zement durch das Reichswirtschaftsministerium in Berlin um 110.000 Mark auf 10.000 Rg. ausgesetzt. Säge, Granitbasalt, Schutt, etc. in Wirkung ab 1. Dez. 1932 erhöht worden.

Starker Rückgang der Konturze. Der Rückgang der Konturzeinstellungen, der jedesmal zu beobachten ist, sobald der Wert der deutschen Währung starke Fortschritte macht, ist auch im Nov. eingetreten. Es wurden nach einer Zusammenfassung der Finanzzeitung „Die Bank“ im Nov. 1932 28 Konturze eröffnet gegen 46 im Oktober und 193 im November 1931.

und aus Gelderentzügen geschrieben: Der
Vorbstand der Gesellschaft Trappe in Sil-
ber ist mit seinem Plane, das Unternehmen
sonders in den Kreisen der alten Gewerken auf-
zuheben und berechtigen die alten Gewerken auf
das kam deutlich zum Ausdruck in einer Be-
rechnung, die auf Einladung des Grubenvor-
ortes am Donnerstag im Essen stattgefunden hat.
einem Hundsfreien bei den Gewerken war
der Plan u. a. folgendes gesagt worden:
„Wir haben die künftigen 300 Aktien der
Mittelfeld-Vergewaltigungsgesellschaft erworben
und die Schöpfung dieses Kapitals um 19 700 000
Mark Stammtitel, also auf 20 000 000 Mark,
verloren. Die der Abwendung der Ueber-
nehmensgefahr dieenden Vorzugsaktien erhal-
ten unter Ausschluß jeder weiteren Gewinn-
beteiligung eine feste Vergütung von 6 Prozent.
Sie haben sich lediglich der Kapitalzerbürgung an-
nehmen zum

ruhet wurden, ferner wiederholte Mohn- und
Opfedschlafje auf Bahnhos D., sowie die En-
bindung von zwei elektrischen Anlassen auf der
Bahnhosier Treibhaus wurde von den Tischen
geräumt. Das tragbare Werkzeug konnte dem
Bahnhos Bahnhos auszugeben werden. Acht
wurde bei diesen Maßnahmen einen geladenen Ri-
der bei sich. Die verhalten elektrischen An-
ter wurden im Maße dieser gestell. Die Liege,
die die als Gehörin tätige Frau A. wurden
Mitscherich in Gattungen zugeführt. Wir ha-
schen kurz über die Tätigkeit dieser Dichege-
ber berichtet. — Der aus der Straßenpass-
ninnghausen entnommene August H., sowie der
entlastete des Verhaftes J. in Jahr 2800 M.
wobei hatte, wurde hier festgestellt und von
Mitscherich in Gattungen zugeführt. W. be-
das Geld noch. — Dem hier mit Montagearbei-
ten einem Karaffe beschäftigt W. wurde der
gnet des Motors im Werte von 100 000
gepfunden. Dem als Dies ermittelten Ri-
der wurde der Magnet weggenommen und dem
Mitscherich zurückgegeben.

[illegible]

24. Dem Untergang der Gesellschaft von acht Personen, eine Waise und acht Kinder, die in Verhaftung waren, wurde, wie oben bemerkt, die Freiheit gegeben, und auch die Eltern in der unterverkauften Weise befreit zu haben. Größere Mengen von Kindern wurden in der Wohnung entlassen und zeitweilig beaufsichtigt.

Weselschaft mehrfaches Stimmrecht. Die Bot-
trappe zum dauernden Besitz gegeben. Wir be-
schäftigen hier folgt vorzugehen: 1. Die Stamm-
aktien werden nur an die Gewerbeten von Trappe
und zwar zum Kurse von 150 Prozent
ausgütlich Schlussnotensiegel abgegeben. Die
Abgabe erfolgt in der Weise, daß nur 20 Ak-
tien oder ein größerer, aber durch 20 ge-
wisser Betrag erworben werden kann. 2. Be-
dingung ist, daß jeder Erwerber von je 20 Ak-
tien je einen Kurs der Gewerkschaft von Trappe
zum Stillsche der Aktien-Vergabe-Aktien-
gesellschaft in Banne 1. B. zum Preise von Mark
22 500 — Schlussnotensiegel zu Lasten des
Verkäufers — käuflich überläßt.

In dem Rundschreiben war weiter gesagt, es könne ernstliche Uebersehungsgeschäfte abgeschlossen werden. In der Essener Besprechung sollte aber zugegeben werden, daß von „Selbsthilfen“ nicht die Rede sein kann, daß man es mit bloßen „Veranlassungen“ zu tun hat. Die Opposition wandte sich mit aller Schärfe gegen die Schaffung der U.G., insbesondere abgesehen gegen die Verleihung eines zehnjährigen Stimmrechts an den Vorstand. Es wurde betont, daß gerade die Gewerkschaftsform durch das Gewerkschaftsrecht eine weit bessere Kontrolle über den Beschäftigten-Effektienfonds zulasse als die Alltagsgenossenschaft. Unter diesen Umständen würde die geplante Umwandlung keinen Sinn haben; aber doch nur dann, wenn — wie das bei anderen Gewerkschaften wohl der Fall war — größerer Geldbedarf, dessen Umgehung im Wege der Zukäufe man den Gesellen ersparen wollte, Veranlassung zur Umwandlung gegeben hätte. Geldbedarf liegt aber, Trappe nicht vor; im Gegenteil verfügt die Gewerkschaft zurzeit über ein Vorkaufsguthaben von fast 10 Millionen Mark. Die Durchführung des vorgesehenen Planes würde den Gesellen 7,5 Millionen Mark kosten. Es werden den Beteiligten ohne zwingende Not und ohne ernstliche Bedenken ganz bedeutende Opfer auferlegt; gleichzeitig wird ihnen (durch die Schaffung der Vorstandsaktion) eine erhebliche Schmälerung ihrer Rechte zumutet. In Essen waren fast alle Stimmen, die sich erhoben, gegen den Vorstandsplan; insbesondere wandten sich Herren dagegen, die auf dem Gebiete hinreichende praktische Erfahrung hatten. Man bezeichnete es als durchaus verfehlt, wenig kleine Gewerkschaften in Alltagsgenossenschaften umzuwandeln; auf jeden Fall sei es äußerst unzulässig und unbedenklich, die Gewerkschaft Trappe, der ältesten Grubenunternehmungen an der Ruhr, für den Rest ihres doch schon stark begrenzten Bestehens in eine andere Genossenschaft zu überführen. Während wurde dabei auf Beispiel von Blankenburg usw. hingewiesen. Verlauf der Essener Besprechung hat gezeigt, daß die Durchführung des Umwandlungsplanes von Aussicht auf Erfolg hat.

Biemarkt. Auf dem November-Biemarkt auf dem Wolkefplatz abgehalten wurde, waren zuziehen: 148 Pferde, 393 Schweine, 10 Schafe, 1 Ziegen, 1 Rind. Die Preise stellten sich bei den Pferden: 1. Qualität 350 000—500 000 Mr., 2. Qualität 200 000—350 000 Mr., 3. Qualität 100—200 000 Mr., Schlachtpferde 20 000 bis 30 000 Mr.; bei den Schweinen: bis 6 Wochen 9—12 000 Mr., 6—8 Wochen alte 12—14 000 Mr., 8—13 Wochen alte 14—17 000 Mr., 3—4 Monate alte 18—25 000 Mr., 4—5 Monate alte 30—40 000 Mr. Ueber 5 Monate alte noch Gedächtnis um 480—500 Mr. Bei Schafen ein Preis von 15—20 000 Mr., bei Ziegen von 14—20 000 Mr., bei Rindern von 120 000—130 000 Mr. Der Rest des Marktes

Zuweisung, 1. Dez. In der Stadtverordnungsung wurde beschlossen, den städtischen Aufschwung zur Wohnungsbauabgabe vom 1. Dez. 1923 vorläufig nur bis zum 31. März 1924 über des Pflichten der staatlichen Abgabe festzusetzen. Die Stadtverordnungen beauftragten ferner die Stadtverwaltung, sich bei den Mietgebern und Hauseigentümern für eine Veränderung des Wohnungsbauabgabes dahingehend einzusetzen, daß die Höhe der Wohnungsbauabgabe unmittelbar vom Einkommen der Mieter vom Hauseigentümer erfolgt wurde die Einzelscheidung der Unveränderlichkeit der Wohnungsbauabgabe, Einstellung der Abgabe nach Raum- und Familienzahl und Wohnfläche. Die Entscheidung bedürftig zugewiesener Sozial-, Kleinrenten usw. gefördert. Gemäß der Abgabe des Einkommensaufschusses wurde der zur Zahlung von Wohnungsbauabgaben im Jahre 1923 aufsteigende Kredit von 200 auf 400 Millionen erhöht. Die Stadtverordnungen waren ferner ernannt, daß die Erhöhung der Mietzinse wegen der Gefahr des weiteren Verfalls der Mietzinse dringend geboten sei. Dabei sollen die Mieterkündigungen für die Aufschubberechnung der Grundabgabe dienen. Bis zur Genehmigung der Zwischenregelung für den Monat Dezember 1923.

nnerschläge. Heinrich Engelhardt, der Ältere
 Rheinmetallwerke in Düsseldorf, bekannt
 findet des Preß- und Ziehverfahrens und
 hürtschlages, läßt anlässlich seines
 hundertsten Lebensjubiläum eine Unter-
 richts- „Hammerschläge“ 70 Jahre deutlicher
 Erfinder, erscheinen. Er schildert
 seinen erfolgreichen Lebensgang, seine An-
 als armer Schmiedelehrling, der sich selbst
 Kenntnisse mühsam erwerben mußte.
 als Erfinder und Züglingslehrer
 in Düsseldorf, das humorvolle und leichtverständ-
 liche wird die reise Jugend, Arbeiter und
 der, insbesondere auch Industrielle, interessieren.
 Das Buch erscheint im Verlag S. G.

Beau-
serau-
100.—
— für
zu
soerrn
Hießer

Roker

Da

Mus
care wi
er durc
höfliche
mission
Die Gr
und mil
ben. Do
ratorium
„produkt
gleich de
den st r
hoch ein
mehr, so
Summen
lieber d
verlaute
daß Vor
sprechun
Baufarm
Dinnie.
posittive
lungsstra
bezuglose
Ihen un
Plan be
den soll
tag in r

Gemein

Kates
Sprechun
Montag
werden.
Konferenz
unternehm
Kaufing
bereiten.
Ueberma
herzich K
Montag
den und
Zustufpla
in ob u
Reinigung
für Deut
katorium
Die Grü
mehr zu

Nach

Der
neue
einer inte
derbesfist
abgeleite
berlin, da
würde sich
um die A
hier ma
stifizieren.
zu Mexik
müßte dar
in allen
der Erhe
werden.
dingung
dazu sili
internatio
zu verhes
eigenen R
Deutschlan
die von b
nehmen t
sein würd
Anleihe.
Leibnt m
fest entfi
Biangsom
zu bringe

Aus f

es auf
gen ein
land zu
Gefahren
den Sach
den Plan
ausgerde

Die

Zu der
Rortonsfer
„Oberver
jamen Kon
ab. Wenn
zu Ende
abkommen
mehr wer

Daily
nicht end
in Europ
daß die